

## Zukunftsfähige Mobilitätspolitik für den Nordwesten

Die schwarz-gelbe Verkehrspolitik in Bund und Land ist seit langem nicht in der Lage, zukunftsfähige Antworten auf die Mobilitätsfragen der nächsten Generation zu geben. Es gibt weder Konzepte zur Finanzierung der dringend nötigen Verlagerung der Gütertransporte auf die Schiene noch zur Versorgung der Bevölkerung in den Dörfern unserer Region mit einem bedarfsgerechten öffentlichen Mobilitätsangebot. Stattdessen wird der Bahnausbau immer weiter verschleppt und Millionen versinken in der Planung einer überflüssigen und nicht finanzierbaren „Küstenautobahn“.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Oldenburg und dem Ammerland fordern deshalb eine klare Neuorientierung der Verkehrspolitik. Die zukünftigen Herausforderungen von Mobilitätsbedürfnissen müssen unter Berücksichtigung des demographischen Wandels, des Erhalts der biologischen Vielfalt, des Klimaschutzes und knapper Kassen bei steigendem Unterhaltungsbedarf der bestehenden Verkehrsinfrastruktur endlich ernst genommen werden.

Zu den Aufgaben solch einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik gehören konkret:

- <sup>35</sup><sub>17</sub> die Stärkung des schienengebundenen Personennahverkehrs durch die Erweiterung des Regio-S-Bahnnetzes bis nach Rastede und Augustfehn sowie die Wiedereröffnung der Bahnhaltdepunkte in Ofenerdiek, Osternburg, Krusenbusch, Kayhauserfeld, Apen und Hahn-Lehmden;
- <sup>35</sup><sub>17</sub> die vorbehaltlose Berücksichtigung der vorhandenen Kosten-Nutzen-Analyse einer Güter-Bahnnumfahung Oldenburgs entlang der A 29 im Vergleich zum Ausbau der Stadtstrecke inklusive einer neuen Huntequerung; dabei ist der Natur- und Anliegerschutz zu berücksichtigen;
- <sup>35</sup><sub>17</sub> die bessere Schienenverkehrs-Anbindung Nordwestniedersachsens (über Oldenburg hinaus) an unsere Landeshauptstadt Hannover, insbesondere in den Tagesrandlagen;
- <sup>35</sup><sub>17</sub> der Ausbau des umweltfreundlichen öffentlichen Personennahverkehrs u.a. durch die Schaffung von Spätbusverbindungen vom Oberzentrum Oldenburg in alle Ammerlandgemeinden und die Unterstützung weiterer Bürgerbussysteme in dörflichen Lagen;
- <sup>35</sup><sub>17</sub> die baldestmögliche Anwendung des VBN-Tarifs auf den direkten Schienenstrecken von Oldenburg nach Wilhelmshaven, Osnabrück und Leer;
- <sup>35</sup><sub>17</sub> die Sicherung der Zukunft des Küstenkanals als wichtiger Binnenwasserstraße zum ökologischen und kostengünstigen Gütertransport zwischen der Weser und dem Ems/Rhein-System; der jetzige Zustand darf durch die anstehende Klassifizierung nicht verschlechtert werden;
- <sup>35</sup><sub>17</sub> der endgültige Verzicht auf weitere Planung und Bau der verkehrlich überflüssigen, ökologisch verheerenden und unbezahlbaren Küstenautobahn A 20/ A 22;

- <sup>35</sup><sub>17</sub> die Forcierung der Energie- und Mobilitätswende durch die Umsetzung eines intelligenten Verkehrslenkungs- und Vernetzungssystems mit den Unternehmen des ÖPNV zugunsten umwelt- und sozialverträglicher Mobilitätsangebote (Bike & Ride, Park & Ride, Carsharing, Elektromobilität);
- <sup>35</sup><sub>17</sub> die Einführung von Tempolimits auf allen Autobahnen zur Schonung der Umwelt und Vermeidung von Unfällen;
- <sup>35</sup><sub>17</sub> der Ausbau und die Weiterentwicklung des Radwegenetzes zur Stärkung des nichtmotorisierten Verkehrs.